

Europa in den Medien

Jon Worth

2020 hielt die globale Covid-19-Pandemie die Welt in Atem, verschonte dabei aber weitestgehend die EU-Institutionen – zumindest was die Berichterstattung in den Medien anbelangt. Es gab sogar Anzeichen, dass es der EU gelungen ist, die Auswirkungen der Pandemie zu ihrem Vorteil zu nutzen.

Das heißt natürlich nicht, dass die mediale Darstellung der EU ideal ist. Auch weiterhin erfolgt ein Großteil der Berichterstattung über EU-Politik mit einem starken nationalen Fokus. Eine echte europäische Öffentlichkeit bleibt nach wie vor ein Traum.

Covid-19-Pandemie

Anfang 2020, zu Beginn der Covid-19-Pandemie, taten die Mitgliedstaaten der EU, was Nationalstaaten immer getan haben: Sie haben ihre Grenzen geschlossen. Die steigenden Zahlen grenzüberschreitender Verkehre, die in den letzten zwei Jahrzehnten durch das Schengener Abkommen gefördert wurden, waren damit stark reduziert.

Dies führte zu Medienberichten über die Folgen – beispielsweise 60 Kilometer lange Warteschlangen von Lastwagen auf der Autobahn bei Görlitz¹, da die Freizügigkeit eingeschränkt war und die EU dies nicht verhindern konnte. Hinter den Kulissen arbeitete die Europäische Kommission jedoch rasch daran, die praktischen Probleme zu beseitigen, insbesondere beim Güterverkehr und beim grenzüberschreitenden Pendeln von Fachkräften. Der mediale Eindruck war jedoch, dass die Reaktionen in Europa trotz des internationalen Charakters der Pandemie national waren. Die Botschaft, dass das Gesundheitswesen eine nationale Zuständigkeit und keine EU-Zuständigkeit ist, war für die EU-Institutionen schwer zu kommunizieren.

Seit dem Sommer wurden Grenzschließungen weitgehend durch Covid-19-Teststationen ersetzt, und die Mitgliedstaaten haben eher regionale als nationale Bewegungsbeschränkungen eingeführt. Dies hat jedoch zu einem Fleckenteppich von Kontrollen geführt und eine Antwort hierauf fehlt noch immer auf EU-Ebene. In den Medien ist die EU dafür jedoch nicht in der Schusslinie.

Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR)

Nach dem anfänglichen Schock durch die Covid-19-Pandemie für die EU-Institutionen und der Aussetzung aller bis auf die wichtigsten Arbeiten der Institutionen für einen Zeitraum von etwa drei Monaten von März bis Mai 2020 konzentrierte sich die Arbeit ausschließlich darauf, was die EU machen könnte, um die Wirtschaft nach der Pandemie wiederzubeleben. Hier war der Zeitpunkt günstig, weil die EU sowieso den neuen mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2021 bis 2027 vereinbaren musste. Dieser konnte nun als Instrument für den Wiederaufbau konzipiert werden.²

1 Bild: 60 km! Super-Stau auf der A4 nach Polen wird immer länger, 18.3.2020.

2 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Haushaltspolitik“ in diesem Jahrbuch.

Auf der Sitzung des Europäischen Rats am 21. Juli 2020 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf ein Paket von 1.824 Mrd. Euro für den Zeitraum 2021 bis 2027, das den MFR (1.074 Mrd. Euro) und einen zusätzlichen „Next Generation EU“-Mechanismus (NGEU – 750 Mrd. Euro) umfasst. NGEU ist eine wichtige Entwicklung; es ermöglicht der Europäischen Kommission zum ersten Mal, Kredite aufzunehmen. Und obwohl es sich nicht um ein dauerhaftes System von Eurobonds handelt, das von Aktivisten gefordert wurde, ist es eine bedeutsame Weiterentwicklung für die EU. Die Medienreaktionen waren überwiegend positiv: „Man hat schon von so vielen EU-Gipfeln Historisches erwartet und wurde enttäuscht. Diesmal nicht“, schrieb beispielsweise Klaus Weber für das ZDF.³

Haushaltsverhandlungen in der EU sind nie ein angenehmer Prozess, aber dieser MFR wurde mit einem Minimum an Aufwand abgeschlossen. Der NGEU-Mechanismus ist eine echte Neuerung und wurde als solcher begrüßt. Der Schatten der Covid-19-Pandemie und möglicherweise auch die Nichtpräsenz des Vereinigten Königreichs in den Verhandlungen trugen dazu bei, den Geist zu fokussieren.

Brexit

Das Vereinigte Königreich hat die Europäische Union am 31. Januar 2020 verlassen. Ein wichtiger und trauriger Schritt im Trennungsprozess, der dreieinhalb Jahre zuvor mit dem Referendum begonnen hatte. Bei der britischen Parlamentswahl am 12. Dezember 2019 wurde endgültig entschieden, dass der Austritt tatsächlich erfolgen würde. Die von Premierminister Boris Johnson geführte Konservative Partei sicherte sich eine Mehrheit von 80 Sitzen im Unterhaus und führte einen Wahlkampf unter dem Motto „Get Brexit Done“. Nach dem parlamentarischen Drama der zweiten Hälfte des Jahres 2019 verlief die Zeit zwischen den Wahlen im Dezember und dem Austrittstag im Januar 2020 ruhig und prozessual.⁴ Zu der Zeit konnte niemand die Entwicklungen des Jahres 2020 voraussagen oder absehen, inwieweit Entscheidungen, die vor der Wahl getroffen wurden, später Probleme bereiten würden.

Ein zentraler Bestandteil von Johnsons „Get Brexit Done“-Botschaft war die Verpflichtung, die Brexit-Übergangsfrist nicht zu verlängern. Eine Verlängerung der Verhandlungsfrist um bis zu zwei Jahre wäre möglich gewesen, aber Johnson lehnte dies ab. Dies wurde sogar gesetzlich geregelt und erhielt eine positive Berichterstattung in den britischen Medien.⁵ Dies bedeutete eine Frist von nur elf Monaten, um einen Deal über die künftigen Beziehungen mit der EU zu vereinbaren. Durch die Covid-19-Pandemie wurde diese Verhandlungsphase noch weiter verkürzt.

Johnson, der in den kontinentaleuropäischen Medien oftmals als nicht ernstzunehmender Politiker dargestellt wird (beispielsweise nennt ihn die Bild-Zeitung einen „wilden Wuschelkopf“⁶), verschärfte die Probleme der britischen Regierung noch weiter mit einer vorsätzlichen Provokation gegenüber der EU, indem er einen kontroversen Gesetzentwurf zum britischen Binnenmarkt vorlegte. Der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič, erklärte, dass die Annahme des Gesetzentwurfs einen äußerst schwerwie-

3 Klaus Weber: Corona-Wiederaufbaufonds. Neuer Riese am Anleihemarkt, in: ZDF, 25.7.2020.

4 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Brexit“ in diesem Jahrbuch.

5 BBC: Brexit bill to rule out extension to transition period, 17.12.2019.

6 Alexander von Schönburg: Hat Europa bald auch einen Trump?, in: Bild, 22.6.2019.

genden Verstoß gegen das Austrittsabkommen und internationales Recht darstellen würde.⁷

Während des gesamten Zeitraums wurde die EU-Seite der Verhandlungen von dem unerschütterlichen Michel Barnier geschickt und ruhig vertreten. Politiker der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten haben konstruktive Fortschritte gefordert, aber festgestellt, dass sie mit einem unzuverlässigen Partner verhandeln. Der Ton in den europäischen Medien gegen den britischen Ansatz hat sich verschärft. „Die EU hat Vertrauen in die britischen Unterhändler verloren“⁸ schreibt Bettina Schulz für Die Zeit. „Kent, Obstgarten und bald Englands Parkplatz“ ist die stechende Sicht von Libération über Londons schlechte Brexit-Vorbereitungen.⁹

Mit Blick auf die Öffentlichkeitsarbeit ist es für die EU nicht entscheidend, ob bis Ende 2020 ein Abkommen über die künftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich geschlossen wird oder nicht. Der Kampf in den Köpfen der Bevölkerung der verbleibenden 27 Mitgliedstaaten der EU ist bereits gewonnen – wie das Meinungsforschungsinstitut Pew gezeigt hat.¹⁰ Andere Staaten werden den Block nicht verlassen, und selbst hinsichtlich der praktischen Vorbereitungen ist die EU-Seite besser auf das Schlimmste vorbereitet als das Vereinigte Königreich selbst.

Wachsende Besorgnis über die Rechtsstaatlichkeit

Die EU hat in ihren Mitgliedstaaten ein zunehmendes Problem mit autoritärer Politik. Das Problem ist in Ungarn (seit 2010, als Viktor Orbán und Fidesz an die Macht kamen) und Polen (seit 2015, als Prawo i Sprawiedliwość (PiS) die Parlamentswahlen gewann) am schwerwiegendsten, obwohl andere Staaten wie Tschechien, Malta, Rumänien, Slowenien, Italien und Bulgarien teilweise auch Problemen hatten beziehungsweise haben.¹¹ Diese langjährigen Probleme spitzten sich 2020 auf zweierlei Weise zu.

Erstens im Thema „Rechtsstaatlichkeitskonditionalität“: Dies würde den Erhalt von EU-Mitteln mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit verbinden. Die Idee wird seit einigen Jahren diskutiert, aber der neue MFR gibt ihr neue Dringlichkeit. Die deutsche Ratspräsidentschaft hat jedoch vorgeschlagen, das Konditionalitätssystem zu verwässern – zur Enttäuschung von Aktivisten.¹² Zweitens veröffentlichte die Europäische Kommission ihren ersten Bericht über Rechtsstaatlichkeit¹³ und stellt darin große Probleme in Ungarn und Polen fest. Orbán forderte sogar den Rücktritt von Justizkommissarin Jourová.

Diese Themen sind in EU-Fachpublikationen sehr bekannt. Während Orbán und Kaczyński sich in ihren nationalen Medien als Verteidiger ihres Landes gegenüber Brüssel präsentieren, sind diese rechtsstaatlichen Themen einer breiteren Öffentlichkeit in der EU

7 Europäische Kommission: Statement by the European Commission following the extraordinary meeting of the EU-UK Joint Committee, 10.9.2020, Statement/20/1607.

8 Bettina Schulz: Auf einmal ganz klein, in: Die Zeit, 29.9.2020.

9 Sonia Delesalle-Stolper: Le Kent, verger et bientôt parking de l'Angleterre, in: Libération, 24.9.2020.

10 Pew Research Center: European Public Opinion Three Decades After the Fall of Communism, 14.10.2019, abrufbar unter: <https://www.pewresearch.org/global/wp-content/uploads/sites/2/2019/10/Pew-Research-Center-Value-of-Europe-report-FINAL-UPDATED.pdf> (letzter Zugriff: 12.10.2020), hier S. 52.

11 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Rechtsstaatlichkeit“ in diesem Jahrbuch.

12 Kenneth Roth: Scharfe Kritik an deutscher Ratspräsidentschaft Merkel darf sich von Orban nicht erpressen lassen, in: Der Tagesspiegel, 2.10.2020.

13 Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020. Die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union, 30.9.2020, COM(2020) 580 final.

weniger bekannt, nicht zuletzt in Deutschland. Letzteres ist zum großen Teil auf die dauernde Präsenz von Fidesz in der Europäischen Volkspartei (EVP) zurückzuführen, in der die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) dominierende Kräfte sind.

Konferenz zur Zukunft Europas und institutionelle Neuerungen

Die von Ursula von der Leyen im Rahmen ihres Nominierungsprozesses als Präsidentin der Europäischen Kommission versprochene „Konferenz zur Zukunft Europas“ wurde aufgrund der Covid-19-Pandemie vorerst auf Eis gelegt.¹⁴ Format und Umfang der Konferenz bleiben somit unklar. Während die Notwendigkeit einer Reform der EU-Institutionen bekannt ist und institutionelle Spannungen einen angemessenen Anteil an der Berichterstattung in der Presse haben, hat die Existenz der Konferenz kaum eine Welle der Berichterstattung über die engen Grenzen Brüssels hinaus ausgelöst. 2020 war das erste volle Amtsjahr für die drei PräsidentInnen der EU-Institutionen – Ursula von der Leyen, Charles Michel und David Sassoli.

Nach der Kontroverse über ihre Nominierung, die den Spitzenkandidaten-Prozess ignorierte, der relativ knappen Mehrheit zu ihrer Wahl im Europäischen Parlament und Problemen mit drei nominierten KandidatInnen für ihr Kommissionskollegium, denen das Europäische Parlament die Unterstützung verweigerte, war es für von der Leyen unerlässlich, die Europäische Kommission zu stabilisieren. Dies gelang ihr schnell. Während ihr Junckers Wortgewandtheit vielleicht fehlt, strahlt sie dennoch Ruhe und Professionalität in den Medien aus. Dies hat sich im Umgang mit der Covid-19-Pandemie und Brexit als vorteilhaft erwiesen.

Von der Leyen hat die Firma von Ex-Bild-Redakteur Kai Diekmann für die Beratung zu ihrer digitalen Kommunikation eingesetzt. Dies rief Kritik besonders wegen der Bezahlung hervor.¹⁵ Gleichzeitig unterstrich es ihr Engagement für Online- und traditionelle Medienarbeit.

Die Ernennung von Charles Michel zum Präsidenten des Europäischen Rates ist unspektakulär. Mit seiner Wahl besteht die Hoffnung, dass seine Fähigkeit, Kompromisse zu schmieden und sich aus dem Rampenlicht herauszuhalten, weniger Kontroversen hervorrufen würde, als dies gelegentlich bei seinem Vorgänger Donald Tusk der Fall gewesen war. Michel hat diesbezüglich nicht enttäuscht, der Weg zum MFR-Beschluss war größtenteils sein Verdienst.

Im Europäischen Parlament ist David Sassoli zum Verständnis der Rolle des Präsidenten des ehemaligen Präsidenten Martin Schulz zurückgekehrt. Er sieht seine Funktion darin, die Rolle des Parlaments zu verteidigen, verwendet sie aber nicht für seine eigenen höheren politischen Ziele. Die Herausforderung für das Europäische Parlament besteht seit den letzten Wahlen 2019 darin, wie Gesetze verabschiedet werden können, wenn statt früher zwei nun drei Fraktionen für eine Mehrheit benötigt werden und neue Gesichter im öffentlichen Bewusstsein für die Arbeit des Parlaments verfangen.

Weiterführende Literatur

Manuel Müller: Ein verpasster Verfassungsmoment. Der Vertrag von Maastricht und die europäische Öffentlichkeit (1988-1991), Baden-Baden 2020 (im Erscheinen).

14 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Konferenz zur Zukunft Europas“ in diesem Jahrbuch.

15 Rheinpfalz: Von der Leyen zahlt Social-Media-Beratung von „Storymachine“ selbst, 24.2.2020.